Monika Faßbender

Die Friedrich-Naumann-Stiftung als Vermächtnis von Theodor Heuss?

Offensichtlich braucht jede Institution, die ein gewisses Alter erreicht, einen Gründungsmythos. Der Gründungsmythos der Friedrich-Naumann-Stiftung heißt Theodor Heuss. Auf ihrer Webseite wirbt die Stiftung bei der Beschreibung ihres Profils mit einem Zitat und einem Bild von Heuss[1], und ihre Chronik[2] beginnt mit dem Satz, dass die Stiftung am 19. Mai 1958 »im Haus des Bundespräsidenten« gegründet wurde. In der Todesanzeige für Heuss hatte die Stiftung diesen als ihren »Gründer und Protektor«[3] bezeichnet. Und nicht zuletzt wird man die Tatsache, dass die Stiftung ihre erste Bildungsstätte nach Theodor Heuss benannte, als den in Stein gehauenen Anspruch ansehen, sein Vermächtnis zu pflegen.

Diese Herausstellung der Bedeutung von Heuss für die Stiftung geht zurück auf deren ersten Geschäftsführer, Werner Stephan, dessen Darstellung der Stiftungsgründung[4] das Wissen der Stiftung von sich selbst über viele Jahre prägte. Stephan[5], Reichsgeschäftsführer der DDP in der Weimarer Republik, hatte während seiner späteren Tätigkeit im Propagandaministerium Heuss geholfen, unter Pseudonym zu publizieren, und Heuss zeigte sich dankbar, indem er Stephan 1951 zum Geschäftsführer der »Dankspende des deutschen Volkes« machte. 1955 war Stephan von der FDP zu deren Bundesgeschäftsführer berufen worden, ein Amt, das er bis 1959 innehatte.

Als Stephan Bundesgeschäftsführer wurde, befand sich die FDP in einer schwierigen Phase. Der »Jungtürken-Aufstand« in Düsseldorf und die Abspaltung eines Teils der Fraktion im Jahre 1956 führten zusammen mit dem Verlust der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene 1957 in Teilen der FDP zu dem Wunsch, zu einer inhaltlichen Neubestimmung des Liberalismus zu kommen. Die Einrichtung einer »Bundesparteischule« und die Gründung

1 http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-419/_lkm-556/i.html.
2 http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-692/_nr-1/_lkm-1011/i.htm
3 Todesanzeige für Theodor Heuss, in: Archiv des Liberalismus (im folgenden ADL), Bestand FNSt, Akte 7808: Korrespondenz Geschäftsführung –Vorstand.
4 S. zuletzt Werner Stephan: Die Friedrich-Naumann-Stiftung. Entstehung und Entwicklung, in: Jahresbericht 1983, S. 20-33.
5 Zu Werner Stephan s. zuletzt: Barthold C. Witte: Liberaler in schwierigen Zeiten – Werner Stephan, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 18 (200&), S. 239-254.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Zeitschrift »liberal«[6] sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Als ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1958 die Abzugsfähigkeit von Spenden an Parteien aufhob und es infolgedessen zu einem Spendenrückgang auch bei der FDP kam, traten finanzielle zu den inhaltlichen Motiven hinzu: Für die Bundesparteischule war kein Geld mehr da, und bei der Suche nach einem »Ersatz« geriet die Staatsbürgerschule Naumanns als Vorbild für eine liberale Bildungseinrichtung in den Fokus.

In einem ersten Schritt soll im Folgenden der Anteil von Heuss an der Stiftungsgründung beschrieben werden. Die Quellenlage zur Gründung der Stiftung lässt keine Aussage darüber zu, wer die Initiative ergriff und wer die ersten Schritte einleitete. Die erste Aktennotiz zu einer Stiftungsgründung datiert vom November 1957. Werner Stephan hält darin nach einem Gespräch mit Bundesschatzmeister Rubin fest: »Friedrich-Naumann-Stiftung soll vorangetrieben werden. (...) Die Beschleunigung erscheint auch deswegen geboten, damit Dr. Mende seinen Antrag, Geld vom Westdeutschen Rundfunk für die von uns vertretenen kulturellen Zwecke zu erhalten, mit Nachdruck vertreten kann.«[7]

Stephan suchte sich in der Frage der Stiftungsgründung eng mit Bundespräsident Heuss abzustimmen – vermutlich ist das aus eigenem Antrieb und nicht auf Drängen der Partei geschehen. Bereits wenige Tage nach der erwähnten Aktennotiz hielt er nach einem Besuch bei Bundespräsident Heuss fest: »Gestern trug ich dem Herrn Bundespräsidenten den Plan, eine Friedrich-Naumann-Stiftung zu gründen, vor. Er erwies sich als recht interessiert an diesem Plan, betonte aber, dass er selbst nicht in den Vorstand oder das Kuratorium der Stiftung eintreten könne, da die Stiftung doch natürlich in enger Anlehnung an die Partei aufgebaut werden müsse. Ich erklärte demgegenüber, dass wir an einen überparteilichen Rahmen, wie den von der Friedrich-Ebert-Stiftung gewählten, dächten. Er verstand dies sofort und sagte: ›Natürlich, das ist auch richtig, aber niemand täuscht sich doch darüber, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung eine sozialdemokratische Angelegenheit ist, wenn sie auch nicht streng auf der Parteilinie steht. Ebenso muss es natürlich auch bei der Friedrich-Naumann-Stiftung gehalten werden, dass sie liberal gestaltet wird und sich in enger Anlehnung an die FDP befindet.‹« [8] Ob Stephan

6 Zur Geschichte der Zeitschrift »liberal« s. Ulrich Josten: Für einen erneuerten Liberalismus. Die Zeitschrift »liberal« und die FDP bis 1969. Hamburg 2001.

7 ADL, Bestand FDP, Organisationsausschuß, Akte 66, Aktennotiz Stephan vom 26.11.1957. In den ersten Jahrzehnten unterstützte der WDR aus den Überschüssen von Gebühren, Erträgen aus der Werbung und sonstigen Einnahmen die kulturelle Arbeit in Nordrhein-Westfalen z. T. erheblich. Die Verteilung dieser Gelder war in einem eigenen »WDR-Gesetz« geregelt. Mitte der 70er Jahre wurde diese Art der Kulturförderung ohne Programmbezug aufgegeben. Vgl.: Am Puls der Zeit. 50 Jahre WDR, Bd. 1: Die Vorläufer 1924-1955, Köln 2006 S. 310f. und Bd. 2: Der Sender. Weltweit und nah dran 1956-1985, S. 48 f. u. S. 419 ff.

8 ADL, Bestand FNSt – Geschäftsführung, Akte 20842, Aktennotiz Stephan vom 10.12.1957.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nun Heuss diese Worte in den Mund legt oder ob sie wirklich so gefallen sind, muss dahin gestellt bleiben – in den Akten des Bundespräsidialamtes wie im Nachlass Heuss findet sich zur Darstellung Stephans keine Gegenüberlieferung. Wichtig war für Stephan (und die potentiellen Gründer) auf jeden Fall, dass Heuss gegen die Gründung einer Stiftung, die nach seinem politischen Lehrer Friedrich Naumann benannt werden sollte[9], keine Einwände hatte. Allerdings wird es Heuss sein, der – wie zu zeigen sein wird – mit dazu beitrug, dass die Stiftung in ihren ersten Arbeitsjahren eher auf einen parteifernen Kurs geriet.

Auch die weiteren Schritte zur Stiftungsgründung unternahm Stephan in enger Abstimmung mit Heuss. Bei einem bereits wenige Wochen später stattfindenden Termin stand das Thema Stiftungsgründung erneut im Vordergrund. Es erstaunt, über welche Details Stephan Heuss informierte: Er legte ihm ein Exemplar der geplanten Satzung vor, Listen von Personen für Vorstand und Kuratorium sowie Entwürfe von Schreiben an die zukünftigen Mitglieder dieser Stiftungsgremien[10]: »Professor Heuss zeigte sich sehr interessiert und erklärte, daß er die Absicht habe, sich möglichst stark zu beteiligen. Auf die Frage von Min.-Dir. Bott, ob denn das ginge, erklärte er: ›Ach, das ist mir gleichgültig, ob damit jemand einverstanden ist oder nicht einverstanden ist. Es ist eine mir sehr am Herzen liegende Sache‹.«

Vermutlich auf Anregung von Heuss erarbeitete Stephan eine Liste mit 90 Namen von Wissenschaftlern, Publizisten und Industriellen, aus denen der Gründungskreis der Stiftung ausgewählt werden sollte. Die Liste entspricht zwar dem im ersten Gespräch von Heuss geäußerten Wunsch, »markante Persönlichkeiten des Kulturlebens« anzusprechen[11], allerdings sind nur wenige aktive FDP-Politiker aufgeführt – ein erstes Indiz dafür, dass der Gedanke einer parteinahen Stiftungsgründung eher in den Hintergrund getreten war. Das belegt auch eine von Werner Stephan verfasste Notiz vom 18. März 1958 für Rubin, in der er schreibt: »Als Gründer der Friedrich-Naumann-Stiftung wären etwa 7 Persönlichkeiten aus der folgenden Liste auszuwählen« – es folgen die Namen von Hans-H. Biermann-Ratjen, Walter Erbe, Hermann Heimpel, Georg Hohmann, H.A. Kluthe, Paul Luchtenberg, Reinhold Maier, Hans Wolfgang Rubin, Emmy Beckmann, Paul Sethe, Dorothea von Velsen, Fritz Meyer-Struckmann, Hans Walz und Hans Wenke – mithin von Persönlichkei-

9 In seiner Stiftungsgeschichte in der Festschrift für Paul Luchtenberg gibt Stephan den Hinweis, dass Marie-Elisabeth Lüders Gustav Stresemann als Namensgeber vorgeschlagen habe. Heuss habe das entschieden abgelehnt: Naumann werde der Stiftung »das Gesicht geben«. Werner Stephan: Die Friedrich-Naumann-Stiftung. Entstehung und Entwicklung, in: Kulturpolitik und Menschenbildung, Festschrift für Paul Luchtenberg, Neustadt/Aisch 1965, S. 81-97, hier S. 83.

10 Ebd., Aktennotiz Werner Stephan vom 20. 1. 1958, auch für das Folgende.

11 ADL, Bestand FNSt, Geschäftsführung, Akte 20842, Aktennotiz W. Stephan vom 10.12.1957.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ten, die bis auf Rubin und Maier nicht zur Führung der FDP gehörten und zu einem großen Teil (Heimpel, Sethe, Meyer-Struckmann, Walz, Wenke) noch nicht einmal Mitglieder der FDP waren.

Die Satzung wurde von Stephan offenbar in enger Abstimmung mit dem Justitiar des Bundespräsidialamtes, Dr. Einsiedel, formuliert[12]. In den Akten befindet sich ein von Einsiedel vorgeschlagener Satzungstext vom 4. März 1958, der mit der Präambel beginnt: »Das Gedankengut, das Friedrich Naumann der Nachwelt hinterlassen hat, wird im Bereich des politischen Lebens unabhängig vom Wandel der Zeiten seine Gültigkeit behalten. In dem Bestreben, dieses Gedankengut dem deutschen Volk nahezubringen und dadurch zur Stärkung des Persönlichkeitsgedankens in der Politik beizutragen, errichten die Unterzeichneten ...«[13]. Stephan ergänzte handschriftlich »Stärkung des Persönlichkeitsgedanken in der Politik« durch »Stärkung der liberalen, sozialen und nationalen Ideen«.

Diese Formulierung wird im § 2, der den Stiftungszweck definiert, erneut aufgegriffen: »Die Stiftung dient ausschließlich dem gemeinnützigen Zweck, politisch Interessierten Wissen im Sinne der liberalen, sozialen und nationalen Ziele Friedrich Naumanns zu vermitteln, Persönlichkeitswerte lebendig zu erhalten und moralische Grundlagen in der Politik stabilisieren zu helfen.« Drei Instrumente zur Erfüllung dieses Stiftungszweckes sind hierzu aufgeführt: Schaffung von Begegnungsstätten, »in denen politisch interessierten Menschen in Kursen Gegenwartsprobleme sowie historische und ideengeschichtliche Entwicklungen nahegebracht werden«, Finanzierung von »Auslandsreisen junger Menschen« und das »Zusammenwirken mit gleichgesinnten Menschen und Gruppen im Ausland«.[14]

Offizielles Gründungsdatum der Stiftung ist der 19. Mai 1958. An diesem Tag traf sich in der Villa Hammerschmidt auf Einladung[15] des FDP-Bundes-

12 S. hierzu Brief Werner Stephans an Hans Wolfgang Rubin vom 7.3.1958: »Die Gestaltung im einzelnen ist von dem Justitiar des Bundespräsidialamtes (...) – der schon zahlreiche Satzungen für Stiftungen, an denen der Bundespräsident interessiert ist, ausgearbeitet hat – vorgenommen worden.« ADL, Bestand FNSt, Akte 7808, Korrespondenz Geschäftsführung – Vorstand.

13 ADL, Bestand FNSt, Aufbau der Stiftung, Akte 20842: Entwurf Stiftungsurkunde und Satzung, auch für das Folgende. Der von Stephan und Einsiedel erarbeitete Satzungsentwurf wurde mit Schreiben vom 20. April 1958 dem zuständigen Regierungspräsidium in Köln sowie dem Innenministerium in Düsseldorf vorgelegt und in seiner endgültigen Form am 9. Mai erneut eingereicht. Diese Satzung wurde durch das nordrhein-westfälische Innenministerium am 27. Juni 1958 genehmigt. Mit Schreiben vom 31. Juli 1958 erteilte das Finanzamt Bonn der Stiftung die Gemeinnützigkeit.

14 Im Laufe der Jahre wurde dieser Paragraph der Satzung um die neu hinzugekommenen Aufgaben erweitert. Die aktuelle Fassung s.: http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_page.php/_c-445/_nr-1/_lkm-648/i.html.

15 Maier lud mit Schreiben vom 23.4. 1958 zu der Gründungsversammlung ein. Dies geht aus dem Antwortschreiben Luchtenbergs vom 26.4. hervor. ADL, Bestand FNSt, Korrespondenz Geschäftsführung -Vorstand, Akte 7808. Leider ist das Schreiben Maiers in den Akten nicht erhalten.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

vorsitzenden Reinhold Maier der vorgeschlagene Gründungskreis[16] sowie Werner Stephan, Hans Bott und der Justitiar des Bundespräsidialamtes Einsiedel[17]. Wegen Krankheit entschuldigt fehlten Emmy Beckmann und Josef Winschuh; ebenfalls nicht erschienen waren Hans Walz, der einen Vertreter geschickt hatte, Hans H. Biermann-Ratjen, der seine Stimme auf Reinhold Maier übertragen hatte, und Hermann Heimpel. Reinhold Maier, der per Akklamation als Versammlungsleiter bestätigt wurde, stellte die Intentionen und Vorschläge für die weitere Arbeit vor und hob gleich zu Beginn hervor, dass nicht nur Mitglieder der FDP bei der Stiftung mitarbeiten könnten und dass die Arbeit in keiner Beziehung zu einer Partei, aber zur Politik stehe. Des Weiteren könne ohne Theodor Heuss, den »Jünger und geistigen Erben Friedrich Naumanns«, keine Naumann-Stiftung gegründet werden. Heuss setzte als erster seine Unterschrift auf die Gründungsurkunde. Mit der ausdrücklichen Begrüßung von Hans Albert Kluthe als Vorsitzendem der Deutschen Gruppe der Liberalen Weltunion bekräftigte Maier den Anspruch der zu gründenden Stiftung, auch international tätig sein zu wollen. Albrecht Menke nahm als Vertreter des Liberalen Studentenbundes teil, sollte aber die Gründungsurkunde nicht unterzeichnen, sondern wurde in das Kuratorium kooptiert.

Da Heuss auf die Zusammensetzung des Gründungskreises entscheidend Einfluss genommen hatte, wird eine nähere Betrachtung der biographischen Hintergründe erste Hinweise auf die Frage geben, was Heuss sich von der Arbeit der Stiftung erwartete. Von den fünfzehn Stiftungsgründern waren fünf in den 80er und drei in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts geboren, sechs entstammten dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und Hans Wolfgang Rubin war mit dem Geburtsjahrgang 1919 mit Abstand das jüngste Mitglied im Gründungskreis. Die Mehrheit der Gründer war also (z. T. weit) über 60 Jahre alt, hatte Kaiserreich, Weimarer Republik und Hitlerdiktatur bewusst erlebt und war geprägt durch ein bildungsbürgerliches Verständnis von Liberalismus. Dieses Selbstverständnis prägte die Arbeit der Stiftung in den ersten Jahren und führte zu ihrer später zu erläuternden Parteiferne.

Emmy Beckmann und Dorothee von Velsen waren Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung und brachten in die Stiftung vielfältige pädagogische Erfahrungen und vor allem den Glauben an die Kraft der Bildung ein. Beide waren Mitglied der DDP gewesen und hatten sich nicht, wie viele Frauen ihrer Generation, durch den Nationalsozialismus verführen lassen, Beckmann war vielmehr 1933 aus ihrem Amt als Oberschulrätin in Hamburg entlassen worden. Beide waren während der Weimarer Republik in der Frauenbewegung

16 Paul Sethe war nicht dabei. Aus den Akten läßt sich nicht belegen, ob und wenn nein, warum er nicht eingeladen war.

17 Protokoll der Sitzung in ADL, Bestand Kuratorium, Akte 8105, auch für das Folgende. Der Redezettel Maiers in: ADL, Bestand FNSt, Aufbau der Stiftung, Akte 20842.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

aktiv gewesen: Beckmann hatte als Nachfolgerin von Helene Lange das Amt der Vorsitzenden des »Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins«, von Velsen dasjenige der Vorsitzenden des »Allgemeinen Deutschen Frauenvereins« sowie des »Deutschen Staatsbürgerinnenverbandes« innegehabt. Beide engagierten sich nach dem Krieg in der FDP: von Velsen gehörte zu den Mitbegründerinnen der bayerischen FDP und Beckmann wurde, wie schon in der Weimarer Republik, Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft.

Ähnliche Gemeinsamkeiten bei den übrigen Gründern festzustellen, ist schwieriger. Die Professoren Erbe, Heimpel, Hohmann und Wenke galten als angesehene Hochschullehrer, wobei Heimpel keinerlei Verbindung zum organisierten Liberalismus hatte und sich auch nicht in der Stiftung engagierte[18]. Seine Berufung ging ausschließlich auf Theodor Heuss zurück, der ihn in einem Gespräch mit Stephan als »sehr geeignet« für das Kuratorium empfahl[19]. Der Tübinger Rechtsphilosoph Erbe, wegen ›defätistischer‹ Äußerungen im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 in Berlin verhaftet, war 1946 Dekan der juristischen Fakultät an der Humboldt-Universität gewesen, aber schnell in Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht geraten. Er floh vor einer drohenden Verhaftung im November1946 nach Tübingen, wo er Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses an der Universität und 1948 Rektor wurde. 1950 trat er in die FDP ein, in der er sich vor allem für einen ›kulturell geprägten‹ Liberalismus einsetzte. Da er in der Weimarer Republik politisch nicht aktiv war, gehörte er nicht zum Freundeskreis von Heuss, mit dem ihn aber sein Liberalismusverständnis verbunden haben dürfte.

Zum Freundeskreis von Heuss (und schon von Naumann) gehörte dagegen der 1880 geborene Georg Hohmann, der als »Doyen der deutschen Orthopädie« galt.[20] Hohmann, während der Weimarer Republik Vorsitzender der DDP in Bayern und 1918-1920 Abgeordneter im Provisorischen Nationalrat bzw. im Bayerischen Landtag, stand bei Stiftungsgründung als ehemaliger Direktor der Orthopädischen Universitätsklinik in München und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie auf dem Höhepunkt seines wissenschaftlichen Ansehens.

18 In einem Brief an Heuss schreibt Heimpel im April 1961 vom »totalen Versagen(s) in der Friedrich-Naumann-Stiftung«: Bundesarchiv (im folgenden BArch) Koblenz, Nachlaß (im Folgenden NL) Theodor Heuss, N 1221/470. Heimpel scheidet bereits 1962 aus dem Kuratorium aus. In den Akten der Stiftung ist er mit einem einzigen Brief vom Februar 1959 vertreten, in dem er Walter Bußmann, Werner Conze oder Theodor Schieder als Referenten für die Tagung »Liberalismus und Massendemokratie« vorschlägt: Heimpel an W. Erbe am 10.2.1959, in: ADL, Bestand FNSt, Korrespondenz Geschäftsführung – Vorstand, Akte 7808.

19 Aktennotiz Werner Stephan vom 10.12.1957, in: ADL, Bestand FNSt, Aufbau der Stiftung, Akte 20842.

20 Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie verleiht heute noch eine »Georg-Hohmann-Plakette«. 1959 war auf Anregung Hohmanns in Würzburg das »Orthopädische Geschichts- und Forschungsmuseum« gegründet worden, das 1995 nach Frankfurt am Main verlegt wurde.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der Pädagogik- und Philosophieprofessor Hans Wenke hatte als Vorsitzender des »Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen« und als Schul- und Kultursenator in Hamburg praktische Erfahrungen in der Bildungspolitik gemacht. Außerdem hatte er beim Aufbau des NWDR-Schulfunks mitgewirkt und lange Zeit wöchentliche Kommentare zur Kulturpolitik im Rundfunk gesprochen. Er war mithin als Theoretiker wie als Praktiker eine ideale Wahl für den Aufbau einer politischen Stiftung. Geworben für eine Mitarbeit in der Stiftung hatte ihn Biermann-Ratjen und Wenke betont in einem Schreiben an Werner Stephan ausdrücklich, dass er parteipolitisch nicht gebunden sei und dass dies die Voraussetzung seiner Mitarbeit sei[21].

Die dritte Gruppe des Gründungskreises bildeten die Politiker Biermann-Ratjen, Luchtenberg, Maier[22] und Rubin. Paul Luchtenberg, vor dem Krieg Pädagogikprofessor in Darmstadt und Dresden, war 1936 zwangsemeritiert worden, weil er als Anhänger der Naturphilosophie und pädagogischer Reformen galt und in »undeutschem Geiste« lehre[23]. Er zog sich als Privatier ins heimische Burscheid zurück und wurde in dieser Zeit, wie er selber sagte, zum »homo politicus«. 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der FDP und vertrat die Liberalen 1950 bis 1956 im Bundestag, wo er zuständig für Bildungs- und Kulturfragen war. Nach dem Sturz der Regierung Arnold wurde er 1956 Kultusminister in Nordrhein-Westfalen. Er vertrat die Auffassung, dass Bildung neben Kapital und Arbeit der 3. Faktor im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben sei, und stand somit neben Erbe, den er als Vorsitzenden der Stiftung 1961 ablöste, für eine kultur- und bildungsgeschichtliche Tradition des Liberalismus.

In diese Tradition einreihen kann man auch den Hamburger Rechtsanwalt und Notar Hans Harder Biermann-Ratjen, der als Vorsitzender des Hamburger Kunstvereins in den 20er Jahren dort die erste Ausstellung über zeitgenössische Kunst initiierte. 1953 bis 1966 war Biermann-Ratjen Chef der Hamburger Kulturverwaltung, ein Amt, das er bereits 1945 für einige Monate innegehabt hatte. Seit 1949 vertrat er die FDP in der Hamburger Bürgerschaft. Biermann-Ratjen, der im Krieg u. a. einen Roman geschrieben hatte,

21 Hans Wenke an Werner Stephan, 22.4.1958, in: ADL, Bestand FNSt, Akte 7808: Korrespondenz Vorstand-Geschäftsführung.

22 Zur Biographie Maiers s. Klaus Matz: Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989. Maiers aktive Mitarbeit in der Stiftung war mit der Gründung und der Leitung der 1. Kuratoriumssitzung beendet. Werner Stephan hat in einem Brief an Maier dessen Bedeutung für die Stiftungsgründung hervorgehoben: »Wenn der Aufbau der Friedrich-Naumann-Stiftung (…) so reibungslos gelang, so ist das auch Ihnen und Ihrer engen Beziehung zu Theodor Heuss großenteils mit zu verdanken.« ADL, Bestand FNSt, Korrespondenz Geschäftsführung, Akte 8110, Brief vom 15.10.1964.

23 Zur Biographie Luchtenbergs s. Lore Reinmöller: Weg und Werk. Ein Beitrag zum Lebensbild Prof. Dr. Paul Luchtenbergs, in: Sonderdruck aus: Unterwegs wohin? Geist und Gesellschaft, Verlag der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung, Mannheim o.J.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

galt als »feinsinnig« und den Künsten zugetan. Von Thomas Mann gibt es eine Widmung, die eine liebevolle Charakterisierung dieses ungewöhnlichen Menschen ist: »Hans Harder Biermann-Ratjen, dem (...) guten, feinen, freien Deutschen«[24].

Hans Wolfgang Rubin war, als die Stiftung gegründet wurde, bereits seit sechs Jahren Bundesschatzmeister der FDP, ein Amt, das er mit einem politischen Anspruch versah. Der Sohn eines Arztes hatte eine kaufmännische Lehre bei der Eisen- und Metall AG in Gelsenkirchen absolviert und das Unternehmen nach 1945 mit aufgebaut. Seit 1949 gehörte er dessen Vorstand an. In der FDP engagierte er sich seit 1945. Rubin galt als der Entdecker und Förderer von Wolfgang Döring und Karl-Hermann Flach[25]. Er glaubte, dass der FDP »mitreißende fortschrittliche Ideale« ebenso fehlten wie große Persönlichkeiten. Im Gründungskreis der Stiftung war er wohl derjenige, der die präziseste Vorstellung davon hatte, wie deren Beitrag zur Neubestimmung eines zeitgemäßen Liberalismus auszusehen habe. In seiner Grundsatzrede auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP formulierte er ein halbes Jahr nach der Stiftungsgründung die Herausforderung für die liberale Partei so: »... angesichts der Bedrohung unserer Freiheit durch die Institutionen der Massengesellschaft andauernde und konkrete Überlegungen anstellen, wie dem einzelnen Menschen ein gesicherter Raum geistiger, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Freiheit geschaffen und erhalten werden kann.«[26] Rubin hat die Stiftung von Anbeginn bis zu seinem Tod geprägt, vor allem natürlich in den 12 Jahren als Vorsitzender. Die Stiftung war, wie Clara von Simson ihn einmal zitierte, sein Lieblingskind, dem nur über seine Leiche ein Leid geschehen könne.[27]

Kluthe, Meyer-Struckmann, Walz und Winschuh standen dem politisch organisierten Liberalismus unterschiedlich nahe, entsprachen aber ohne jeden Zweifel einem liberalen Persönlichkeitsideal. Hans Albert Kluthe, 1904 geboren, engagierte sich als Student im Reichsbund der Jungdemokraten und trat in die DDP ein. 1936 emigrierte er nach England, wo er bis 1947 blieb und eine Zeitschrift unter dem Titel »Das wahre Deutschland« herausgab. Nach

24 Zitiert in Nina Grunenberg: Dr. Hans Harder Biermann-Ratjen, Hamburg. Kultusminister der Bundesrepublik (11), in: DIE ZEIT vom 7.1.1966.

25 Flach zum 60. Geburtstag von Rubin, in: freie demokratische korrespondenz (im Folgenden fdk) vom 11.12.1972.

26 H. W. Rubin, Die geistigen Grundlagen des Liberalismus, in: W. Dorn (Hg.): Mehrheitsmacher oder mehr? 30 Jahre liberale Politik in der Bundesrepublik, Essen 1979, S. 278-295, Zitat S. 288.

27 Werner Stephan an Clara von Simson, 19.11.1972 ADL, NL Simson, N88-122. Die Äußerung bezog sich auf eine äußerst kritische Phase der Stiftungsgeschichte, als nämlich Erich Mende die Gründung einer Max-Becker-Stiftung plante. Mende verfolgte diesen Plan als Drohung gegen die FNSt, an deren Spitze sein erklärter politischer Gegner Rubin stand. Nachdem Mende von Scheel als Bundesvorsitzender abgelöst worden war, konnte er seine Pläne nicht weiterverfolgen.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

seiner Rückkehr nach Deutschland war er Verleger und Chefredakteur verschiedener Zeitungen. In der FDP engagierte er sich vor allem im internationalen Bereich: von 1947 bis 1969 war er Vizepräsident der Liberalen Weltunion. Seine Erfahrung sowie seine Kontakte im internationalen Bereich nutzten später der Auslandsarbeit der Stiftung.

Der Bankier Fritz Meyer-Struckmann war Gesellschafter des Bankhauses Burkhardt und Trinkaus mit guten Kontakten zu Wirtschaft und Politik. Ob er zum Zeitpunkt der Stiftungsgründung FDP-Mitglied war, lässt sich nicht feststellen, auf jeden Fall galt er als liberaler Anhänger der sozialen Marktwirtschaft und kam auf Empfehlung von Hans Wolfgang Rubin in den Gründungskreis[28].

Hans Walz gehörte zum Freundeskreis von Theodor Heuss: Als persönlicher Sekretär von Robert Bosch stieg er in dessen Unternehmen 1924 zum Vorstandsmitglied auf, wurde wegen seiner Mitgliedschaft in der SS durch die Amerikaner interniert[29] und war nach seiner Entlassung 1947 Aufsichtsratsvorsitzender und Vorsitzender der Geschäftsführung. Ebenfalls aus der Industrie kam Josef Winschuh, im letzten frei gewählten Reichstag Abgeordneter für die Deutsche Staatspartei und nach dem Krieg Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. Er war 1944 wegen Verstoßes gegen nationalsozialistische Wirtschaftsgrundsätze verhaftet worden, aber offensichtlich wurde das Verfahren nicht abgeschlossen, so dass Winschuh die NS-Zeit unbehelligt überstand.

Aus der Tatsache, dass im Gründungskreis außer Reinhold Maier und Hans Wolfgang Rubin niemand dem engeren Führungszirkel der FDP angehörte, hat der Politologe Vieregge abgeleitet, dass die Stiftung zum »Tempel« und zur Zufluchtsstätte des Liberalismus werden (sollte), der auf diese Weise jenseits der Parteien als Idee und Lebensform erhalten bleiben konnte«[30], was pathetisch klingt, aber zumindest das Selbstverständnis der Mehrzahl der Stiftungsgründer sowie der ersten Gremienmitglieder wiedergeben dürfte. Seine Interpretation wird gestützt durch die Äußerung von Albrecht Menke, der rückblickend feststellte, dass die Gremien der Stiftung von denen, die die FDP verändern wollten, als »behäbig« und »unendlich honorig« – durchaus im unpolitischen Sinn – empfunden wurden – ohne Interesse an Partei- und Tagespolitik, man habe stattdessen »den« Liberalismus in die Welt hinaustragen wollen[31].

28 Notiz Werner Stephans über ein Gespräch mit Rubin am 26.11.1957, in: ADL, Bestand FDP, Organisationsausschuß, Akte 66.
29 Zur Rolle von Hans Walz im Dritten Reich ausführlich: Joachim Scholtyseck: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933-1945, München 1999.
30 Henning von Vieregge: Parteistiftungen, Baden-Baden 1977, S. 145.
31 Albrecht Menke im Gespräch mit der Verf. am 31.1.2005.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zusammenfassend lässt sich also für die Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung festhalten, dass sie weder auf Initiative von Heuss erfolgte, noch dass er sie im eigentlich Sinn »gründete«, aber durch die Namensgebung und die Zusammensetzung der ersten Stiftungsgremien war es Heuss, der entscheidend Einfluss auf den Kurs der Stiftung in den ersten Jahren nahm. Da es weder ein Konzept noch präzise inhaltliche Vorstellungen darüber gab, wie die Stiftung arbeiten sollte, lag die Ausgestaltung der Stiftungstätigkeit bei den Gremienmitgliedern. Vorstand und Kuratorium waren weitgehend parteifern und z. T. mit angesehenen Wissenschaftlern besetzt, und man legte, wie es Stephan in einem Brief an potentielle Mitglieder für das erste Kuratorium ausdrückte, auf »die Wahrung parteipolitischer Neutralität«[32] besonderen Wert. Dem entsprach auf Parteiseite, dass man keine klar formulierten Erwartungen an die Arbeit der Stiftung hatte. Bezeichnenderweise spielte die Stiftungsgründung z. B. in den Sitzungen des Bundesvorstandes keine Rolle. Das Verhältnis zwischen Stiftung und FDP blieb für die ersten zehn Jahre der Stiftungsarbeit mithin ungeklärt – nicht ohne Folgen für die Stiftung, wie später zu zeigen sein wird.

Heuss hatte der neu gegründeten Stiftung aber nicht nur durch die Namensgebung, die Satzungsformulierung und den Einfluss auf die Gründungsgremien den Bezug zur Staatsbürgerschule vorgegeben, sondern tat dies auch inhaltlich durch seine Rede bei der Eröffnungsveranstaltung der Stiftung am 14. November 1958 in der Godesberger Redoute, bei der er über das Erbe Naumanns sprach.[33]

In dieser Rede[34] zeichnete Heuss von Naumann das Bild eines undogmatischen und modernen Politikers, der sich durch die »unbelastete(n) Unbefangenheit seines Fragens« auszeichnete. Das Moderne an Naumann ist für Heuss dessen Fähigkeit, Lernender zu sein, und diese Eigenschaft gibt Heuss als Erbe an die Stiftung weiter: »Aber wenn hier« – so Heuss – »in der Friedrich-Naumann-Stiftung gelehrt werden wird, dann mag dies doch ein sonderliches Erbe sein, daß dieser Mann, der in so großartiger Weise ein Lehrender gewesen ist, immer ein Lernender vor den Wirklichkeiten blieb, um sich ihnen in der Freiheit einer sittlichen Entscheidung zu stellen.« Eine andere,

32 ADL, Bestand FNSt, Korrespondenz Geschäftsführung, Akte 8110, Entwurf vom 22.5.1958.

33 Die Eröffnungsveranstaltung der Stiftung fand großen Zuspruch und eine breite öffentliche Resonanz. Die Presse berichtete regional und überregional ausführlich, größere Artikel erschienen in der FAZ (von Benno Reifenberg) und in der WELT (von Josef Ungeheuer). Für die FAZ war die Veranstaltung ein Beleg für »Regungen im deutschen Liberalismus«, und die WELT sprach vom Erwachen des Liberalismus aus seinem »Dornröschenschlaf«; für den Berichterstatter des »Wiesbadener Tageblatt« war die Stiftung gar der »Gralshüter des deutschen Liberalismus«. Die Presseartikel finden sich in ADL, Bestand FNSt, Sammlungen, Akte 3688.

34 Die Rede wurde veröffentlicht: Theodor Heuss: Friedrich Naumanns Erbe, Tübingen 1959, hier auch die folgenden Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

immer wieder zitierte Äußerung aus dieser Rede ist der Satz, dass es bei der Arbeit der Stiftung um die »kontradiktorische Klärung schwebender Fragen« gehe. Mit anderen Worten, Heuss sah die Aufgabe der Stiftung in erster Linie im Diskurs und nicht im Vermitteln von (Partei-) Positionen, was er in einem Brief 1960[35] rückblickend so beschreibt: »...wie Sie wissen, ist im vergangenen Jahr die Friedrich-Naumann-Stiftung ins Leben gerufen worden, durch die in einem nicht parteigebundenen Sinn die soziale und liberale Gesinnung, für die Naumann in seiner Zeit den gewissen Ausdruck gefunden hatte, durch Sachvertiefung gesichert und zugleich entwickelt werden sollte.«

Die Stiftung knüpfte an die Tradition der Staatsbürgerschule insofern an, als die auf den Veranstaltungen der Stiftung gehaltenen Referate das breite Spektrum liberaler Auffassungen widerspiegelten. Wie die FDP sah sich auch die Stiftung mit der Auffassung konfrontiert, dass liberale Grundwerte Allgemeingut geworden waren. Der Stiftungsvorsitzende Walter Erbe setzte sich mit diesem Problem in seinem Beitrag zur ersten Arbeitstagung, die sich dem Problem der Freiheit explizit widmete, auseinander: Die Gegner des Liberalismus behaupteten zwar, dass dieser durch seinen eigenen Sieg »in den Ruhestand« versetzt worden sei, doch dem setzte Erbe entgegen, dass es immer wieder die »Untreue gegen die Freiheit« geben werde: »Deshalb weiß sich der Liberalismus unverbraucht.«[36] Die Feinde der Freiheit sieht Erbe nicht nur bei den alten politischen Gegnern oder einem die Freiheitsrechte einengenden Staat, sondern auch in Verbänden und Organisationen, die die Interessen einzelner ›organisieren‹, ›spezialisieren‹ und ›standardisieren‹. So drohen die Demokratie zum »Dienst am Kunden« und der Sozialstaat zum Wohlfahrts- oder Versorgungsstaat zu werden. Erbe muss eingestehen, dass »Liberalismus und liberale Partei« nicht immer deckungsgleich sind, aber solange das Freiheitsbewusstsein unterentwickelt sei, bedürfe es einer eigenen Partei für die Freiheit: »Liberalismus ist ein Weg durch die Welt hindurch, der nicht endet, weil es keine Zeit geben wird, die ihm die Voraussetzung des Antiliberalismus schuldig bleibt.«[37] Man interpretiert Erbe sicher nicht falsch, wenn er hier die Hauptrolle der Stiftung sieht.

Das Seminarangebot der Stiftung umfasste – um es kurz zu kennzeichnen – im ersten Jahrzehnt Veranstaltungen zur allgemeinen politischen Bildung mit Themen wie: Staat und Gesellschaft, Jugend und Politik, Systemvergleich, Familie in der heutigen Zeit oder Europa. Dieses Programm war nicht speziell auf die Bedürfnisse der FDP ausgerichtet. Die großen Arbeitstagungen hingegen behandelten ausgesprochen anspruchsvolle Themen, etwa: Die geistige

35 Theodor Heuss an Ulrich Haberland am 3.2.1960, in: BArch Koblenz, Bestand Bundespräsidialamt, B 122/2072.

36 Walter Erbe, Paul Luchtenberg u. a. (Hg.): Die geistige und politische Freiheit in der Massendemokratie, Stuttgart 1960, S. 8.

37 a. a. O., S. 27.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und politische Freiheit in der Massendemokratie oder: Was bedeuten uns heute Volk, Nation und Reich? Sie hatten eine breite publizistische Resonanz, wurden aber, wie die spätere Entwicklung vermuten lässt, in der FDP nicht unbedingt als Beitrag zur Programmentwicklung empfunden.

Stephan selbst hat in einem internen Papier 1974[38] davon gesprochen, dass es zu Lebzeiten von Heuss in der Stiftung eine »Tendenz des Distanzhaltens zur FDP« gegeben habe. Dies zeigte sich z.B. in einer wichtigen Personalentscheidung, die laut Stephan von Heuss beeinflusst worden ist: Als 1961 der Vorstand der Stiftung neu gewählt werden musste, wurde Rubin als Beisitzer nicht wiedergewählt, und an seine Stelle trat auf Vorschlag von Heuss die »parteipolitisch nicht gebundene Anna Mosolf«[39].

Erst nach dem Tod von Heuss wurden bei den Gremienwahlen 1965 die personalpolitischen Weichen anders gesetzt: Kuratoriumsvorsitzender wurde der FDP-Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Hans Lenz; Rubin wurde wieder in den Vorstand gewählt und ergriff sogleich die Initiative zu einer Satzungsänderung, die einen weiteren stellvertretenden Vorsitzenden zuließ: In dieses Amt wurde Walter Scheel gewählt, der zu dieser Zeit das für die Stiftung wichtige Amt des Entwicklungshilfeministers innehatte.

Mitte der sechziger Jahre veränderte sich die Stiftung – vor allem durch äußere Einflüsse – grundlegend. Zum einen begann sie 1963 mit dem Aufbau der Auslandsarbeit (ein erstes Projekt zur Ausbildung von Journalisten wurde 1964 in Tunesien eröffnet) – eine in den Gremien umstrittene Ausweitung der Arbeit, da eine Verschiebung der Gewichte zwischen Auslandsarbeit und politischer Bildung befürchtet wurde[40]. 1968 übernahm die Stiftung das Archiv der FDP, das sie nach und nach zu einem Archiv des Liberalismus ausbaute.

Entscheidender aber als diese Ausweitung ihrer Arbeit war die Veränderung im Verhältnis zur FDP. In einem Parteiengesetz war 1967 geregelt worden, dass so genannte Globalmittel für die politische Bildungsarbeit an parteinahe Stiftungen gehen sollten. Das heißt, die Zuteilung der Mittel war an die Existenz der jeweiligen Partei im Bundestag gebunden. Insgesamt gingen bereits 1967 neun Millionen Mark an die Stiftungen, in deren Kreis als letzte 1967 die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung getreten war.

38 Werner Stephan: Die FNS in der Zeit des Beginns. Aktennotiz vom 18.11.1974, in: ADL, Bestand FNSt, Akte 16073.

39 Anna Mosolf, Ministerialrätin a. D. aus Hannover, kam aus dem Umkreis der pädagogischen Reformbewegung, war 2. Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Niedersachsen und Mitglied im Kuratorium des deutschen UNESCO – Instituts für Pädagogik.

40 Diese Befürchtung war insofern nicht grundlos, als die aus öffentlichen Mitteln für die Auslandsarbeit zur Verfügung gestellten Gelder bald die Mittel für die gesamte Inlandsarbeit überstiegen. Bis in die 80er Jahre entwickelte sich die Auslandsarbeit der Stiftung weitgehend isoliert von der übrigen Stiftungsarbeit.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

In der Naumann-Stiftung wurden diese Mittel »Sondermittel« genannt, was insofern ein verräterischer Begriff ist, als er ausdrückt, dass die Stiftung diese Mittel nicht als ihre originären ansah. Dem entsprach, dass es die FDP allein war, die über deren Verwendung entschied. So wurde aus den so genannten Sondermitteln unter anderem ein Regionalprogramm aufgebaut, das teilweise die fehlende Infrastruktur der FDP vor Ort ersetzte, ein Schulungsprogramm für Parteimitglieder wurde aufgebaut, Öffentlichkeitsarbeit betrieben und inhaltlich für die FDP gearbeitet. Alle diese Aktivitäten wurden in einem »Inlandsprogramm« der Stiftung zusammengefasst, für die der Bundesgeschäftsführer der FDP zuständig war; er bekam zu diesem Zweck noch den zusätzlichen Hut »Geschäftsführer Inland«. Die Gremien hatten in diesem Bereich weder Personalhoheit noch inhaltliche Hoheit, sondern wurden lediglich informiert. Dies führte in der Entwicklung dazu, dass bis Anfang der 80er Jahre der Geschäftsbereich Inland der Naumann-Stiftung – bis auf die Theodor-Heuss-Akademie – weitgehend identisch mit dem Parteiapparat war.

Das war alles andere als die von Heuss gewollte Staatsbürgerschule, und ausgerechnet die Institution, die seinen Namen trug, hatte unter dieser Entwicklung am meisten zu leiden: Fast zeitgleich zum Bau der Theodor-Heuss-Akademie (im folgenden THA) gründete die FDP in Nordrhein-Westfalen 1967 – unter Beteiligung der Stiftungsvorstandsmitglieder Scheel und Rubin – die Wolfgang-Döring-Stiftung, die das bisher aus Nordrhein-Westfalen an die Stiftung fließende Geld für politische Bildungsarbeit für sich beanspruchte. Das war ein deutlicher Misstrauensantrag an die bisherige Arbeit der Stiftung, die man auf diese Weise zwingen wollte, näher an die Partei zu rücken und hatte fatale Konsequenzen für die THA, der das Geld fehlte, ein das Haus auslastendes Bildungsangebot zu machen. Für die Akademie begann ein anstrengender Teufelskreis: Weil sie nicht genügend Programmmittel hatte, war das Haus nicht ausgelastet, was wiederum die Argumente derjenigen stärkte, die die Akademie verkaufen wollten. Die Akademie, am ehesten noch das Erbe der Staatsbürgerschule verkörpernd, geriet mit den Jahren in die Rolle des von Stiftung und Partei ungeliebten Kindes und kämpfte bis in die 90er Jahre hinein um ihre Existenzberechtigung. Heute ist sie die einzige und anerkannte Bildungsstätte der Stiftung und kann sich so unbefangen wie nie in ihrer Geschichte zur Tradition der Staatsbürgerschule bekennen, in Veranstaltungen allgemeinpolitische Fragestellungen mit liberalem Bezug behandeln und sich an der aktuellen Programmatik des organisierten Liberalismus orientieren[41].

41 Siehe hierzu: Karl-Heinz Hense: Politische Bildung in der Theodor-Heuss-Akademie. Tradition, Programme und Ziele, in: Politische Bildung für die Freiheit 1967-2007. Vierzig Jahre Theodor-Heuss-Akademie, o. O. 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

An dieser Stelle soll nicht weiter auf die Entwicklung des Verhältnisses von Stiftung und FDP eingegangen werden. Das Bundesverfassungsgericht gab hierfür 1986 einen Rahmen vor, in dem beide Institutionen sich unabhängig, aber komplementär bewegen – die Stiftung als Ideengeber für liberale Politik, als Institution, die in ihren Publikationen und Veranstaltungen liberale Ideen auf den Prüfstand stellt und die für liberale Ideen wirbt.

Kehren wir zurück zu der Frage, welches Vermächtnis Heuss der Stiftung hinterlassen hat. Er hat, wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, in den ersten Jahren durch die Zusammensetzung des Gründungskreises deren Arbeit im Sinne eines bildungsbürgerlichen, nicht parteipolitisch verorteten Liberalismus geprägt. Davon hat sich die Stiftung im Laufe der Jahre entfernt – nicht zuletzt aufgrund der veränderten Finanzierung und der damit einhergehenden Neubestimmung des Verhältnisses zur FDP. Bleibt das zweite Vermächtnis von Heuss, nämlich die Namensgebung: Heuss wollte mit der nach seinem politischen Vorbild und Freund[42] benannten Stiftung diesem ein Denkmal setzen. Fragen wir also abschließend, wie die Stiftung mit diesem Vermächtnis umging und umgeht.

Explizit bezog sich die Stiftung auf Friedrich Naumann in der sozialliberalen Ära der FDP, klassisch ausgedrückt in der Selbstdarstellung, die 1983 in der Reihe »Ämter und Organisationen der Bundesrepublik« erschien[43]. Hier wird zum einen das gesellschaftspolitische Erbe Naumanns hervorgehoben[44] – Naumann als Vorläufer der Freiburger Thesen –, zum anderen aber angeknüpft an das »liberale Leitbild des mündigen Bürgers«, dem »umfassende Qualifikationen zu demokratischem Handeln und Denken«[45] zu vermitteln seien. Ziel der Stiftungsarbeit sei die »Förderung des politischen Engagements«[46], die »Stärkung der Mitwirkungsrechte des Einzelnen gegenüber Staat, Verbänden, Großorganisationen und Großunternehmen«. Heute spricht die Stiftung – ohne das mit explizitem Bezug zu Naumann zu tun – vom »eigenverantwortlichen Lernen über individuelle Möglichkeiten der Gestaltung von Politik« und davon, dass es darum gehe, »Politik besser zu verstehen und die Bürger zur Beteiligung am politischen Prozess zu bewegen«[47]. Was

42 Wie wichtig Naumann für Heuss war, bezeugt ein Dankschreiben an Kurt Loose, der einen Essay über Naumann geschrieben hatte: »Ich bin immer noch froh und dankbar, wenn der Mann, dem ich persönlich alles zu verdanken habe, im Bewußtsein der Deutschen nicht untergeht.« BArchiv Koblenz, Nachlaß Heuss, N 1221, Bd. 470, Heuss an Loose am 21.3.1961.

43 Siegfried Pabst: Friedrich-Naumann-Stiftung, Düsseldorf 1982.

44 Naumann habe die »soziale Befreiung des einzelnen in der Gesellschaft auf die Fahne der Liberalen geschrieben«, ebd. S. 10.

45 Ebd., S. 15.

46 Ebd., S. 17, auch für das Folgende.

47 So formuliert in den »Politischen Grundsätzen den Friedrich-Naumann-Stiftung für ihre Arbeit im In- und Ausland«: http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-431/_lkm-651/i.html .

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

beide Aussagen miteinander verbindet, ist die Fokussierung auf das Individuum und die Ausweitung seiner politischen Teilhabe – so deutlich formuliert das gegenwärtig keine der anderen politischen Stiftungen in der Bundesrepublik.

Natürlich war es eigentlich schon zu Heuss' Zeiten ein Problem, dass Naumann kaum bekannt war. Aus diesem Grund gab es in der Stiftung schon Ende der 60er Jahre/Anfang der 70er Jahre eine Diskussion über eine Umbenennung in »Theodor-Heuss-Stiftung«. Abgesehen davon, dass es zu diesem Punkt schon die Theodor-Heuss-Stiftung gab, kam das wichtigste Argument dagegen interessanterweise von Hans Wolfgang Rubin, zu der Zeit sowohl Vorsitzender der Stiftung als auch Schatzmeister der FDP. Rubin argumentierte, dass der Wegfall des Namens von Naumann als eine Distanzierung innerhalb der FDP vom sozialen Liberalismus verstanden werden könnte – ein weiterer Beleg dafür, dass man damals durchaus auch an die inhaltlichen Positionen, für die Naumann stand, anknüpfen wollte.

Immer wieder nahm sich die Stiftung auch direkt des Erbes von Naumann an: Die Rede von Heuss über »Friedrich Naumanns Erbe« wurde veröffentlicht, und der hundertste Geburtstag von Naumann in Heilbronn in Anwesenheit von Heuss am 25. März 1960 mit einem Festakt gefeiert. 1964 erschien der erste Band einer sechsbändigen Werkausgabe mit den Schriften Naumanns, 1961 wurde ein Preisausschreiben zum Begriff der sozialen Verantwortung bei Naumann ausgelobt[48]. 1983 erschien in der Wissenschaftlichen Reihe der Stiftung die Dissertation von Peter Theiner über die außenpolitischen Vorstellungen von Naumann[49], es gab Ausstellungen[50] und kleinere Publikationen über den Stiftungspatron[51].

In der aktuellen Stiftungsarbeit spielt Naumann dagegen keine Rolle mehr. Die Tatsache, dass die Stiftung ihren Namen um den Zusatz »Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit« erweitert hat, werten viele als Hinweis darauf, dass »Friedrich Naumann« irgendwann einmal ganz aus dem Stiftungsnamen verschwinden könnte. Dies entspräche mit Sicherheit nicht dem Willen von Theodor Heuss, mit dem sich die Stiftung ansonsten so gerne schmückt. Heuss ist nicht denkbar ohne Naumann, und die Stiftung wäre ohne den expliziten und impliziten Bezug auf Naumann nicht das, was sie heute ist, nämlich die einzige politische Stiftung in Deutschland, die in ihrer Arbeit vom Individuum ausgeht und die Entfaltung seiner Freiheitsmöglichkeiten in den Vor-

48 Die mit dem Preis ausgezeichnete Arbeit von Annerose Gröppler wurde in der ersten Schriftenreihe der Stiftung veröffentlicht.

49 Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919), Baden-Baden 1983.

50 Eine Ausstellung findet sich im Internet: http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-538/_lkm-2157/i.html.

51 Eine Auswahlbibliographie zu Naumann findet sich im Internet unter: http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-691/_nr-1/_lkm-1022/i.html.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dergrund stellt. Heuss hatte gute Gründe, Naumann mit der Stiftung ein Denkmal zu setzen – die Stiftung hat eine Verpflichtung, dieses Vermächtnis ihres bedeutendsten Gründers nicht zu verspielen.

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anette Koch-Wegener

Erhard und die FDP – Aufstieg eines Wirtschaftsministers, Sturz eines Kanzlers?

Als Ludwig Erhard Ende der 1940er Jahre mit der Übernahme des Direktorenamtes der Verwaltung für Wirtschaft die westdeutsche Wirtschaftspolitik richtungsweisend beeinflussen konnte, spielte die FDP bereits eine entscheidende Rolle in seinem politischen Leben. Rund 20 Jahre später, als Erhard 1966 als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zurücktrat, sollte das noch immer der Fall sein. Über zwei Jahrzehnte hinweg unterhielten die liberale Partei und der erfolgreiche Wirtschaftsminister eine sehr enge, aber auch wechselhafte Beziehung zueinander. Obwohl Erhard als Mitglied nie in die FDP eingetreten war und sich letztlich für die CDU entschieden hatte, ist er aber aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Einstellung immer als Liberaler betrachtet worden. Aus der Retrospektive stellt sich insofern die Frage, ob die FDP eigentlich die Partei Erhards gewesen wäre? Gab es in der Tat politischen Einklang oder doch zu viele Widersprüche? Bescherte die FDP dem »guten Mann vom Tegernsee« nicht nur den politischen Aufstieg, sondern auch seinen Fall?

1. *Politische Übereinstimmungen in Wirtschaftsfragen in den 1940er und 1950er Jahren*

Es ist hinlänglich bekannt, dass Erhard bereits 1945 erste Nachkriegskontakte zu den Liberalen, vor allem zu Everhard Bungartz und Thomas Dehler, hatte. Erhards Bekenntnis zur Marktwirtschaft und gegen eine zentral gelenkte Wirtschaft entsprach der politischen Überzeugung liberaler Politiker. Daher stand schon damals sein Beitritt zur FDP im Raum, den Erhard aber abgelehnt hatte. Ungeachtet dieser Absage blieben die freundschaftlichen Bande bestehen, mehr noch, ermöglichte schließlich die FDP Erhard 1948 die Wahl zum Direktor der Wirtschaftsverwaltung. Im Zuge einer Neustrukturierung des Verwaltungsrates und der Abberufung Johannes Semlers als Direktor der bisherigen Verwaltung für Wirtschaft konnte die FDP ihren Kandidaten Erhard mit den Stimmen von CDU/CSU durchsetzen. In einer Absprache waren sich CDU/CSU und FDP einig geworden, dass Hermann Pünder, Wunschkandidat der Christdemokraten für das neu geschaffene Amt des Oberdirektors, in eben

https://doi.org/10.5771/9783845211336-113 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY